

PRESSEAUSSENDUNG

WK Wien: Baurechtsnovelle benachteiligt Wiener Unternehmen

Novelle hebt Wiener Baurecht aus - Ungleichbehandlung der Wirtschaft durch öffentliche Hand nimmt in Wien weiter zu - Betriebsgebiete dürfen nicht zu dauerhaften Wohnquartieren werden - Ruck in Richtung Stadt: Wirtschaft entlasten statt verdrängen

Wien, 14.03.2016 - Per Initiativantrag will die Stadtregierung am 18. März eine Novelle zum Baurecht verabschieden, die es ihr erlaubt, Wohnquartiere de facto ohne Berücksichtigung des Baurechts zu errichten und dies beschränkt sich nicht nur auf die vorübergehende kurzfristige Unterbringung von Flüchtlingen, lässt also für „staatlich organisierte Nutzung“ einen kaum eingrenzbaeren Spielraum. Das bedeutet, dass beispielsweise auch im Betriebsbau- und Industriegebieten - wie etwa in der Ziedlergasse oder Siemensstraße - die intensiven Bemühungen, diese langfristig zu erhalten, unterlaufen werden, obwohl derzeit an einem neuen Betriebsflächenkonzept gearbeitet wird.

Dass die Nachbarrechte im baurechtlichen Verfahren außer Kraft gesetzt werden, kann darüber hinaus schwerwiegende Folgen für die benachbarten Unternehmen mit sich bringen. Nicht bedacht wurde offensichtlich, dass es dadurch zu massiven Verschlechterungen im Betriebsanlagenverfahren - wenn man etwa an die Lärmproblematik oder an die erhöhten Zufahrtserfordernisse denkt - kommen wird. Dies kann in weiterer Folge zu erheblichen Kostenbelastungen und als Draufgabe eventuell auch zu Verwaltungsstrafen führen. Denn der Grundsatz „beraten statt strafen“ hat sich in der Wiener Verwaltung gegenüber der Wirtschaft noch nicht sehr durchgesetzt.

„Die Wirtschaftskammer hat schon seit längerem einen Forderungskatalog zur Wiener Bauordnung an die Stadt herangetragen und wäre erfreut, wenn dort ebenso rasch reagiert würde“, sagt Walter Ruck, Präsident der Wirtschaftskammer Wien, der die Stadtregierung erinnert: „Wir brauchen in Wien angesichts der Arbeitsmarktsituation und der Bevölkerungsprognose auch 100.000 neue Jobs.“

Ruck fordert zudem mehr Tempo bei der Umsetzung von Infrastrukturprojekten wie dem Ausbau der Stadtstraße nach Aspern, des Flughafens und den Bau eines internationalen Busbahnhofs sowie ein Ende des kommunalen Querlegens beim Bau des Lobautunnels. „Die schwierige Situation aufgrund des starken Wiener Bevölkerungswachstums können wir langfristig nur gemeinsam meistern. Politik und Wirtschaft müssen zusammenarbeiten, damit sich am Standort Betriebe ansiedeln und mehr Jobs entstehen“.

Rückfragen:

Wirtschaftskammer Wien

Christian Wenzl - Presse und Medienmanagement

T. 01 51450 1585

E. christian.wenzl@wkw.at W. wko.at/wien/presse

PRESSEAUSSENDUNG

Alle Aussendungen der Wirtschaftskammer Wien
finden Sie auf <http://wko.at/wien/presseaussendungen>